

# Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 8

Ausgegeben am 19. November 1920

39. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

## Die Bedeutung des republikanischen Wahlsiegs in Amerika

Von Heinrich Cunow

»Harding mit großer Mehrheit gewählt!« Dieses in der Nacht vom 2. auf den 3. November über Annapolis durch Funkspruch nach Europa gemeldete Ergebnis der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten von Amerika dürfte wohl niemand überrascht haben, der den Wahlkampf und seine Widerspiegelung in der amerikanischen Presse mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat. Überraschen kann nur die ungeheure Mehrheit der Wahlmännerstimmen, die Harding zugefallen sind. Seit der Präsidentschaft George Washingtons, der sowohl 1789 beim Inkrafttreten der neuen amerikanischen Bundesverfassung als auch 1793 einstimmig gewählt wurde, hat meines Wissens kein amerikanischer Präsident mit einer gleichen Stimmenmehrheit gesiegt. Auch Ulysses Simpson Grant, der siegreiche Oberbefehlshaber der Unionsheere im Bundeskrieg, errang trotz seiner großen Volkstümlichkeit bei der Präsidentenwahl im Jahre 1868 nur 206 gegen 88 Wahlmännerstimmen, während Harding mit 397 gegen 134 Wahlmännerstimmen triumphiert — ein Wahlsieg, der dadurch noch an Bedeutung gewinnt, daß auch beide Häuser des amerikanischen Bundesparlamentes ansehnliche republikanische Majoritäten erhalten. Im Repräsentantenhaus, das insgesamt 435 Abgeordnete zählt, kann die Republikanische Partei, soweit sich zurzeit ersehen läßt, auf eine sichere Mehrheit von 98 Stimmen rechnen, im Senat (96 Senatoren) hat sie eine Mehrheit von 17 Stimmen. Eine zweifellos äußerst günstige Lage für Mr. Harding, denn in der Parlamentsgeschichte der nordamerikanischen Union ist es durchaus nichts Seltenes, daß ein Präsident sich mit einer feindlichen Mehrheit im Senat, manchmal auch in beiden Häusern abzufinden hatte.

Zweifelhaft konnte freilich von vornherein Warren Hardings Wahl nicht sein, obgleich die Demokratische Partei früher in die Wahlagitation eintrat als die Republikanische und zunächst eine beträchtlich größere Masse von Stumprednern aufbot — ein Vorteil, der allerdings durch die geschicktere Agitationsarbeit der meist mit beträchtlicheren finanziellen Mitteln arbeitenden großen republikanischen Presse ziemlich ausgeglichen wurde. Bestritten kann auch nicht werden, daß der demokratische Kandidat Mr. Cox als Volksredner die nationalistisch-sentimentale Psyche des amerikanischen Kleinbürgertums entschieden mehr zu packen vermochte als Harding, der auch auf der Rednertribüne den kühlen abwägenden amerikanischen Geschäftsmann nicht verleugnet. Charakteristisch für seine kaufmännisch-politische Gelassenheit ist die Tatsache, daß, während Cox bereits im Lande mit einem Schwarm von Agitatoren herumreiste und leidenschaftliche Wahlreden hielt, Harding noch immer gemächlich in seinem schön ausgestatteten Hause in Marion, der Hauptstadt der Grafschaft Ohio im Staate gleichen Namens,

faß, in aller Seelenruhe die Redetournee seines temperamentvollen Gegners verfolgte und nur hin und wieder eine Anzahl Journalisten seiner Partei um sich versammelte, um sie auf die Fährte seines Gegners zu heßen und ihnen gewisse Angriffsinstruktionen zu erteilen. Erst nachdem Coz sich schon ziemlich abgenützt und die republikanische Presse dem Erwählten ihrer Partei gut vorgearbeitet hatte, hielt Herr Harding es für angebracht, sich selbst in den Wahlkampf zu stürzen.

Dennoch, trotz der zweifellos emsigen Wahlagitation der Demokratischen Partei, der keineswegs ungeschickten Taktik ihres Präsidentschaftskandidaten zeugt es von einer zum Spott herausfordernden Unfähigkeit unseres deutschen Zeitungsliberalismus, die amerikanische Volksseele und ihre jetzige Stimmung zu begreifen, wenn noch in den letzten Wochen vor dem Wahltermin einige liberale Blätter sich von drüben melden ließen, die Wahlausichten des Herrn Coz hätten sich bedeutend gebessert, denn das amerikanische Volk finde die geschäftsmäßige Nüchternheit Hardings gar zu uninteressant; zudem aber hätte sich kürzlich auch Mr. Hearst, der bekannte amerikanische Zeitungsmagnat, für Coz entschieden, und selbst Wilson hätte, trotzdem Coz es für angebracht gehalten hätte, ihn und seine Politik zu verleugnen, sich öffentlich für die Wahl von Coz eingesetzt.

Schon diese letzte Motivierung zeigt zur Genüge, wie völlig jene Herren Berichterstatter, die ihren Blättern derartige Situationsschilderungen einzufenden wagten, die aus bestimmten agitatorischen Gründen gefälschten Wahlstimmungsberichte amerikanisch-demokratischer Blätter für Tatsachen genommen haben. Coz wußte nur zu wohl, was er tat, als er sich in seiner Wahlagitation offen gegen die Mißgriffe der Wilsonschen Politik aussprach und die Rückkehr zu den sogenannten guten alten Traditionen der Demokratischen Partei ankündigte. Wilsons politische Leistungen und Erfolge als Präsident werden heute drüben nicht nur in der Republikanischen Partei, sondern selbst von einem großen Teil seiner früheren Anhänger noch weit geringer eingeschätzt, als dies heute auf dem europäischen Kontinent, besonders in Deutschland, der Fall ist, wo sich unter den politischen Ideologen noch immer manche Wohlgesinnte finden, die in Wilson einen von den edelsten Motiven getriebenen, selbstlosen Welthumanitätsapostel bewundern, der nur leider an dem verstockten Widerspruch der Ententehäupter gescheitert sei. Mehr noch als anderswo entscheidet jenseits des Atlantischen Ozeans über das Ansehen einer bestimmten Politik ihr Erfolg — und höhnisch fragt die amerikanische Geschäftswelt: »Was hat uns der Krieg mit seinem Friedensabluß und die durch diesen geförderte Zerrüttung der internationalen Wirtschaftsverhältnisse gebracht? Inwieweit hat er die wirtschaftliche und politische Stellung der Union in der Welt oder die inneren Erwerbsverhältnisse in unserem eigenen Lande verbessert? Hat er uns neue Absatzmärkte und neue Handelsmöglichkeiten eröffnet, oder verschafft uns vielleicht der Völkerbundsplan freie Hand, nach unserem eigenen Belieben unsere Expansionspolitik zu betreiben? Ist nicht vielmehr dieser Völkerbund nur ein Mittel zur Sicherung englischer Kolonialannexionen und Herrschaftsansprüche? Und inwiefern sind denn durch ihn die drohenden Konflikte eines Rivalitätskampfes im Stillen Ozean beseitigt?«

Die Antwort darauf fällt, wenn man von der engeren Wilsonschen Gefolgschaft absteht, meistens verneinend aus. Tatsächlich hat sich drüben seit

dem Versailler Friedensschluß mehr und mehr die auch von J. M. Keynes in seiner bekannten Schrift über »Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags« vertretene Auffassung durchgesetzt, Wilson sei nichts als ein Dupe der Clémenceau und Lloyd George. Und diese geistige Einschätzung Wilsons als Politiker hat dadurch keineswegs gewonnen, daß er sich den Mahnungen und Einwendungen anderer hervorragender Leiter der Demokratischen Partei, in erster Reihe Lansing, hartnäckig verschloß, sich in einen ausichtslosen Machtkampf gegen den Widerspruch des Senats einließ und sich in diesem Kampf als rechthaberischer Autokrat gebärdete, der in naiver Selbstüberschätzung sein Urteil den Ansichten ihm unzweifelhaft weit überlegener Geister entgegengesetzte. Hatte man in ihm zunächst nur einen von der Entente diplomatie überhölpelten, aber immerhin von bestem Willen geleiteten eingebildeten Schwächling gesehen, so wurde er nun zu einem eigenfinnigen, zänkischen Alten mit überreizten Nerven. Eine Ansicht, die dadurch nur eine Bestätigung erfuhr, daß Freunde Wilsons in Spekulation auf das öffentliche Mitleid ihn als einen infolge seiner großen Arbeit für das amerikanische Volkswohl und seiner strengen Pflichterfüllung körperlich zusammengebrochenen Mann hinzustellen suchten. Besonders aber haben die ungeschickten Mitteilungen von Wilsons Sekretär Tumulty über angebliche Aussprüche seines Herrn seinen Widersachern Anlaß zu bitterem Spott geboten, zeigten doch diese Mitteilungen, daß Wilson sich ohne jegliche Selbstkritik in der Rolle Andrew Johnsons fühlte, jenes Präsidenten, der nach dem Bürgerkrieg die Südstaaten der Union mit den Nordstaaten möglichst zu versöhnen trachtete, dabei mit der herrschenden Republikanischen Partei in Konflikt geriet und, im Repräsentantenhaus des Verfassungsbruchs beschuldigt, 1869 das Weiße Haus in Washington verlassen mußte, von den republikanischen Parteihäuptern wegen seiner Politik verlacht und verspottet — einer Politik, die hinterher von der Geschichte als eine der klügsten, wenn nicht die klügste betrachtet worden ist, die unter den damaligen Umständen möglich war.

Mögen die heutigen harten Urteile über Wilsons taktische Unfähigkeit berechtigt sein oder nicht, der größte Teil des amerikanischen Volkes hat ihn satt — satt bis zum Hals, und es war deshalb nur ein Akt der Klugheit, wenn Cox von ihm abrückte und das Einlenken in eine andere politische Richtung versprach. Dadurch, daß Wilson trotzdem in seltsamer Selbsttäuschung über seine Popularität seinen Anhang für Cox aufrief, hat er diesem nur geschadet; denn die Folge konnte nur sein, daß manche Unschlüssigen sich nun sagten: Wenn Wilson Mr. Cox empfiehlt, ist anzunehmen, daß letzterer doch Wilson näher steht, als er zugeben will, und deshalb wieder Wilsonsche Politik macht.

Das Wahlergebnis als Beweis einer Abschwenkung großer amerikanischer Volksmassen in das republikanische Parteilager aufzufassen, wäre deshalb verkehrt, und noch weniger handelt es sich bei der Wahl um die persönliche Qualifikation Harding's, seine Vorzüge und seine Fehler. Die Wahl ist vielmehr ein Urteilspruch über Wilson und seine Politik, ein Protest gegen den sogenannten Wilsonismus. Man hat Harding nicht gewählt, weil man ihn als überragenden Politiker schätzte oder ohne weiteres die Politik der republikanischen Parteihäupter akzeptiert, man hat Harding gewählt, um aus der politischen

Misere, für die man Wilson verantwortlich macht, herauszukommen. Vor allem möchte man aus der Verquickung mit der europäischen Politik heraus und sich nicht durch den Völkerbund, richtiger Staatenbund, in den Dienst europäischer Machtinteressen zwingen und damit zu einem Instrument fremder Absichten machen lassen. Gegen die Errichtung von Schiedsgerichten, die in Kriegsfällen zwischen den beteiligten Staaten entscheiden, hat man nichts einzuwenden, zum Teil auch nichts gegen den Eintritt in einen Völkerbund, der sich auf einen gewissen moralischen und wirtschaftlichen Zwang beschränkt. Aber das amerikanische Volk in seiner Masse hat von dem letzten Krieg und seinen Folgen die Nase voll. Es will nicht gezwungen sein, sich in europäische Rivalitätsstreitigkeiten einzumischen, wenn diese seiner Meinung nach seine Lebensinteressen nicht berühren. Vor allem aber wollen die im Kriege erstarkten amerikanischen Geschäftskreise nicht durch eine Völkerliga gebunden sein, auf wirtschaftliche und politische Expansionspläne zu verzichten, deren Ausführung ihnen nötig oder profitabel erscheint. Der Wilsonsche Völkerbund gibt den in ihm vereinigten Staaten das Recht, unter gewissen Umständen ihre Nase auch in Handel der nordamerikanischen Union mit süd- und mittelamerikanischen Staaten zu stecken. Davon will die amerikanische Geschäftsbourgeoisie durchaus nichts wissen. Die Monroedoktrin hat in dem ausgeprägten Selbstbewußtsein der Yankee's längst die Fassung angenommen: »Amerika den Amerikanern — vor allem aber den Nordamerikanern!« Man weiß drüben recht wohl, daß der verflozene Krieg die Machtstellung der Union und ihre wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit mächtig gehoben hat, und man will freie Hand behalten, die erlangte Position nach eigenem Gutdünken auszunutzen — nach innen wie nach außen.

Vielleicht hätte das amerikanische Volk Wilsons Politik, die es in einen Krieg führte, den seine große Mehrheit nicht wollte, weniger abfällig beurteilt, wenn er der Welt einen Frieden nach amerikanischen Idealen verschafft, das Sternenbanner mit neuer Glorie umgeben, die von seinen Japans drohende Gefahr durch Bündnisse beseitigt und durch eine Neuordnung weltwirtschaftlicher Verhältnisse dem erstarkten Yankeeum die Möglichkeit zur Ausdehnung seiner Handelsdomäne geboten hätte. Aber sind denn diese Ziele erreicht worden? Sicherlich, die Wirtschaftsstellung der Union auf dem Weltmarkt, ihre Finanzkraft, ihr Außenhandel, ihre Handelsflotte haben sich während des Weltkriegs sehr entwickelt; doch sind es — wenigstens vorerst — nur bestimmte Interessentengruppen, die davon einen ersichtlichen Nutzen haben. Andere, weitere Kreise fühlen sich durch den Krieg und die während seiner Dauer durchgeführten Zwangsmaßnahmen schwer geschädigt, und überdies hat auch drüben der Krieg eine Umstellung oder richtiger Revolutionierung des Wirtschaftslebens hervorgerufen, die manche wirtschaftliche Existenz aus dem alten Geleise geworfen und genötigt hat, andere Wege zu suchen.

In welchem Umfang hat sich beispielsweise nicht die Lage des Farmerturns verändert! Gewiß, die Kriegsjahre haben den Farmern eine beträchtliche Preiserhöhung der Bodenprodukte gebracht und ihre Einnahmen so wesentlich erhöht, daß nicht wenige ihre alten Schulden abstoßen konnten. Dieser Gewinn ist aber nicht in allen Gegenden ein gleichmäßiger. Er ist im

allgemeinen entsprechend der verschiedenen Art des Anbaus in den Staaten westlich des Mississippi höher als in den eigentlichen Südstaaten, und ferner für die vornehmlich Kornfrucht und Gemüse bauenden Farmen beträchtlicher als für die besonders Viehzucht treibenden Landwirte; denn während die Futterkosten enorm stiegen, drückten die Agenten der großen Schlachthäuser, Fleischkonservenfabriken, Seereslieferanten usw. auf den Viehpreis. Meist haben daher die sogenannten Packer den Hauptgewinn aus der fortgesetzten Fleischpreissteigerung eingesteckt. Selbst aber dort, wo die Farmer sich beträchtlich vermehrter Einnahmen erfreuten, ging ihnen dieser Vorteil durch die Preissteigerung der von ihnen benötigten Industriewaren, durch Erhöhung der Löhne und sonstigen Betriebskosten, durch Emporschnellen der Transportkosten, vornehmlich der Eisenbahnfrachten, und den Mangel an Wagen und Verladungsmöglichkeiten, der vielfach ein Verderben ihrer Vorräte zur Folge hatte, wieder verloren.

Überdies reizten die Preisschwankungen und der leichte Gewinn die Farmer vielfach zur Beteiligung an zweifelhaften Spekulationen, die sie schließlich nicht selten zum Verkauf ihrer Farmen nötigten. Die Folge ist in manchen Gegenden eine viel größere Scheidung zwischen reichen und armen Farmern, als vor dem Kriege vorhanden war. So ist unter den ärmeren Farmern eine Verstimmung gegen Wilsons Kriegspolitik entstanden, zumal dieser, als im Sommer 1918 das Bundesparlament eine Erhöhung des von der Regierung festgesetzten Weizenmindestpreises beschloß, dagegen sein Veto einlegte.

Aus diesen Verhältnissen erklärt sich zur Genüge, daß Harding in einer ganzen Reihe von Staaten Stimmenmehrheiten gewonnen hat, in denen bisher die Farmer den Ausschlag zugunsten demokratischer Wahlkandidaten gaben. Die Staaten Arizona, Kolorado, Kansas, Kalifornien, Missouri, Nebraska, New-Hampshire, Nord-Dakota, Ohio und Washington, die noch bei der letzten Präsidentenwahl im Jahre 1916 beträchtliche Mehrheiten für Wilson aufbrachten, sind sämtlich zu den Republikanern übergegangen.

Ebenso haben offensichtlich diesmal manche kleinindustriellen und kommerziellen Kreise, die unter den Kriegsmaßnahmen, Preissteigerungen, Eisenbahnnöten, Frachterhöhungen, Handelsbeschränkungen usw. gelitten haben, als Protest gegen die Wilsonsche Kriegswirtschaft für Harding gestimmt. Und zweifellos hat auch ein großer Teil der Arbeiterschaft gegen Cox als Vertreter des Wilsonismus votiert. Auch bei manchen Arbeiterkategorien haben nämlich die Löhne mit der Preissteigerung der nötigen Gebrauchsartikel nicht Schritt gehalten, und außerdem hat der Krieg die altgewohnten Arbeitsverhältnisse gründlich verändert. Zunächst führte er zu einer starken Zuwanderung der Farmarbeiter nach den Industriestädten und häufigen Lohnunterbietungen der eingesehnen Arbeiterschaft durch die Neuzugewanderten, und dann zogen nach Beendigung des Krieges die aus dem Felde Zurückgekehrten ebenfalls meist in die Industriebezirke und vergrößerten das Arbeiterangebot. Überdies befürchtet man in manchen einheimisch-amerikanischen Arbeiterkreisen eine baldige weitere Einwanderung von deutschen, italienischen, slawischen, besonders aber von ostasiatischen Arbeitern und hofft, daß eine republikanische Regierung sich weit eher zu einem Verbot oder doch zu einer wesentlichen Einschränkung des Einwanderungsstroms verstehen wird, als eine demokratische Regierung.

Beigetragen zur Feindschaft mancher Arbeiterkreise gegen die Herrschaft der Demokraten hat ferner das brutale Vorgehen Wilsonscher Günstlinge, vor allem des Generalstaatsanwalts Palmer, gegen die Pazifisten und Kriegsprotestler sowie die zahllosen Verfolgungen des Bolschewismus verdächtiger Arbeiter.

Rechnet man hinzu, daß sich ferner Harding unter den Großindustriellen, Importeuren und Exporteuren, Schiffsreedern und Bankiers, deren Korporationen und Cliques schon bisher meist zu den Anhängern der Republikanischen Partei zählten, durch das Versprechen seines Eintretens für Schutzzölle, Schifffahrtsbegünstigungen und staatliche Unterstützungen einen großen Anhang zu verschaffen gewußt hat, daß die Deutschen und Trensgrößenenteils für Harding eintraten und die diesmal zuerst mitwählenden amerikanischen Frauen vielfach aus pazifistischen Gründen gegen Cox stimmten, so wird der große Wahlsieg Hardings durchaus begreiflich.

Für die nichtamerikanische Welt, besonders für das deutsche Volk, liegt das Interesse an der Wahl Hardings natürlich vor allem auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, besonders der Außenhandelspolitik. Wie wird Harding sich zu dem Völkerbund, zum Friedensschluß mit Deutschland, zu den Fragen des internationalen Handelsverkehrs stellen? Im amerikanischen Senat hat Harding bisher die Vorbehalte des Senators Lodge gegen den Völkerbund und Versailler Friedensschluß unterstützt und nach Ablehnung dieser Vorbehalte durch Wilson sich für den Friedensschluß mit Deutschland durch einfache Beendigung des Kriegszustandes erklärt. Diesen Standpunkt dürfte Harding auch als Präsident einnehmen, zumal er voraussichtlich als Neuling auf dem Gebiet der Außenpolitik in diesen Fragen der Führung der als Sachverständige geltenden Senatoren Lodge, Elihu Root, Knox, Taft usw. folgen wird. Zunächst wird das neue Regime wohl mit den Alliierten, um seine Bereitwilligkeit zur Fortsetzung der bestehenden Beziehungen zu demonstrieren, Fühlung nehmen und dann, wenn die Verhandlungen nicht seinen Wünschen entsprechen, entweder mit dem Deutschen Reich einen Separatfrieden schließen oder, was mir wahrscheinlicher dünkt, einfach den noch immer bestehenden Kriegszustand zwischen dem Deutschen Reich und der nordamerikanischen Union für beendet erklären — ein Akt, dem dann die Aufhebung der noch zwischen beiden Mächten bestehenden wirtschaftlichen Schranken und die Anknüpfung neuer Handelsbeziehungen folgen dürfte, denn die große amerikanische Geschäftswelt möchte gern England zuvorkommen und sich eine gute Position auf dem mitteleuropäischen Markte sichern.

Zugleich aber wird die Politik Hardings und seiner Anhängerschaft darauf gerichtet sein, die sogenannte friedliche Eroberung Süd- und Mittelamerikas durch die nordamerikanische Finanz- und Handelswelt möglichst zu fördern und im Stillen Ozean, dem großen Mittelmeer der Zukunft, eine größere Machtposition zu erringen, denn Harding wird, darüber kann sich nur ein Nichtkenner des amerikanischen Parteigetriebes und der in ihm wirksamen Machtfaktoren täuschen, entschiedener Vertreter des amerikanischen Finanz- und Handelsimperialismus sein. Auch wenn er nicht selbst ein auf republikanische Wirtschafts-

auffassungen eingeschworener politischer Geschäftsmann wäre (er ist zugleich Zeitungsverleger, Bankier, Mitinhaber und Aufsichtsratsmitglied einer Anzahl Großunternehmungen), könnte er gar nicht anders, als dem durch den Weltkrieg verstärkten Expansionsdrang des amerikanischen großen Finanz-, Industrie- und Handelskapitals nachzugeben, denn nicht die neuhinzugekommenen, bunt zusammengewürfelten Mitläufer bilden das Rückgrat der Republikanischen Partei, sondern die großen Trusts, Bankkorporationen, Handels-, Eisenbahn- und Schifffahrtsgesellschaften. Ihren Interessen muß daher vor allem Rechnung getragen werden. Bereits hat denn auch Harding den Forderungen dieser Gruppen allerlei schöne Zugeständnisse gemacht. Er hat sich schon für die Erhöhung verschiedener Schutzzölle, für die Begünstigung der amerikanischen Schifffahrt im Panamakanal und den Küsten Mittelamerikas durch Vorzugszölle, für das Handelschifffahrtsgesetz des Senators Johns, für Eisenbahnkonzessionen usw. erklärt.

Das neue republikanische Regime wird also im Dienst des amerikanischen Großkapitals stehen, und manche der Illusionspolitiker, die, ohne Einsicht in das weltwirtschaftliche Getriebe und seine Entwicklungsbedingungen, als Ergebnis des Kriegsausganges den Untergang des Imperialismus prophezeit haben, werden voraussichtlich in den nächsten Jahren recht niedliche Überraschungen erleben. Dennoch hat Deutschland, und bis zu gewissem Grade auch unsere Partei, durchaus keinen Anlaß, Hardings Wahl zu bedauern. Aller Voraussicht nach wird die zu erwartende neue expansive Handels- und Schifffahrtspolitik der Vereinigten Staaten das amerikanische Großkapital in einen gewissen Rivalitätsstreit und Gegensatz zu England hineintreiben, und in dieser Lage wird man drüben, um England den Rang abzulaufen, zu manchen Zugeständnissen an Deutschland geneigt sein, zu denen ein nicht wirtschaftlich bedrängtes England sich schwerlich verstehen würde. Für den deutschen Handel und die deutsche Exportindustrie ist es zudem unzweifelhaft günstiger, Uncle Sam revolutioniert wirtschaftlich Südamerika, als John Bull. Auch bei dem in Aussicht stehenden Versuch der Union, in Konkurrenz gegen England auf dem mitteleuropäischen und russischen Markt Boden zu gewinnen, wird für Deutschlands Wirtschaftsinteressen manches abfallen, zeigt sich doch in einem Teil der amerikanischen Handelswelt deutlich die Erkenntnis, daß der Zugang zum russischen Wirtschaftsgebiet, das, wenn auch heute verelendet, doch für die Zukunft eine reiche Ernte verspricht, teilweise über Deutschland führt.

Wie ich schon in einem früheren Artikel über den »amerikanisch-englischen Wirtschaftskampf nach dem Kriege« (Neue Zeit vom 21. und 28. November 1919) dargelegt habe, muß in dem unvermeidlich einsehenden scharfen Konkurrenzkampf zwischen England und den Vereinigten Staaten Deutschland, wenn es nicht seinen Wirtschaftsinteressen entgegenhandeln will, sein Augenmerk auf Amerika und Rußland richten. Nicht um die Frage: »Französische oder englische Orientierung?« handelt es sich, wie die sogenannten Kontinentalpolitiker annehmen, sondern um die Frage: »Amerikanische oder Englische Orientierung?« Sicherlich wird eine amerikanisch-deutsche Koalition, wie sie zum Beispiel bereits zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und amerikanischen Schifffahrtsunternehmungen erfolgt ist, nur auf kapitalistischer Grundlage möglich sein, und den größten Teil des Profits wird das amerikanische Kapital abschöpfen; aber zunächst handelt

es sich für uns darum, aus der heutigen Wirtschaftsmisere herauszukommen, die Produktion zu steigern und verlorengegangene Handelsverbindungen wieder anzuknüpfen.

## Die Verfassung des Freistaats Preußen

Von Paul Hirsch

Die im Vergleich zu anderen Ländern späte Verabschiedung der preussischen Verfassung ist nicht auf die verspätete Einbringung des Entwurfs durch die Staatsregierung oder auf mangelnden Fleiß der Landesversammlung zurückzuführen, sondern in Schwierigkeiten innerer Art, in dem Verhältnis Preußens zum Reich begründet. Staatsrechtlich ist das Deutsche Reich auch heute noch ein Bundesstaat, kein Einheitsstaat. Aber in diesem Bundesstaat ist die preussische Hegemonie endgültig beseitigt; ihre Wiederherstellung in dem republikanischen Deutschland ist ausgeschlossen. Preußen hat nicht mehr Rechte als irgendein anderes deutsches Land, obwohl es territorial und an Einwohnerzahl weit über die Hälfte des Reiches ausmacht. Mit diesem tatsächlichen Zustand ist das Reichsinteresse unvereinbar; Reibungen zwischen der Reichsregierung und der des größten Landes werden in der Folge unausbleiblich sein, wie auch immer die Regierungen zusammengekehrt sein mögen.

Das hat niemand klarer erkannt als der Schöpfer der Reichsverfassung Hugo Preuß, der in Artikel 15 seines Entwurfs die Möglichkeit einer territorialen Umgestaltung unter Mitwirkung des Reichs vorsah, einerseits um die territorial zerstückelten kleinsten Länder zu vereinigen, andererseits um das zu große Preußen zweckentsprechender zu gliedern. Nicht um eine Zerschlagung Preußens, wie vielfach irrtümlich behauptet wird, sondern um eine organische Neugliederung handelte es sich dabei. Der Artikel 15 wollte den deutschen Gliedstaaten das Recht geben, sich unter gewissen Voraussetzungen zum Zwecke der Bildung größerer leistungsfähiger Gliedstaaten im ganzen oder in Teilen zusammenzuschließen. Nach langwierigen Verhandlungen ist der Artikel 15 in veränderter Gestalt als Artikel 18 in die Reichsverfassung übergegangen. Durch verfassungsmäßiges oder im Falle der Zustimmung der unmittelbar beteiligten Länder durch einfaches Reichsgesetz ist eine Änderung des Gebietes von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reiches möglich, wobei vor allem der Wille der Bevölkerung maßgebend sein soll.

Bereits in der Denkschrift zum Entwurf der Reichsverfassung ist auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich aus der Aufrechterhaltung des preussischen Gesamtstaats ergeben. Es heißt dort, daß ein Einzelstaat, der vier Siebtel des gesamten Reiches umfaßt, nur als Hegemoniestaat möglich ist, daß aber, wenn die preussische Hegemonie in Deutschland unmöglich geworden, damit auch ein einheitsliches Preußen in Deutschland unmöglich geworden sei. »Der doktrinaire und lebensfremde Gedanke, einen solchen Einzelstaat, der für sich allein in jeder Hinsicht weit mächtiger ist als alle anderen zusammen, nach irgendwelchen abstrakten Verfassungsbestimmungen als mit allen übrigen lediglich gleichberechtigt behandeln zu können, müßte sofort an der harten